

Rieserer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortlicher Redakteur:
Rieserer Tageblatt
Herausg. Nr. 22
Verlag Nr. 22

Das Rieserer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen beförderlich bestimmte Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1588
Groschasse
Riesa Nr. 22

Nr. 141.

Donnerstag, 20. Juni 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Rieserer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,30 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Porto. Für die Nummer des Anzeigensatzes sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Gewerbesteuer für die 20 mm breite, 1 mm hohe Druckerschrift (6 Zeilen) 1/2 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Neulandzeile 100 Gold-Pfennige; zeitüberdauernde und tabellarische Satz 50%, Aufschlag, je nach Zahl der Zeilen. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langen & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Grotzschlage 22. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ullmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Englisch-amerikanische Parität.

Wenn die englische Öffentlichkeit völlig erfüllt ist von der Diskussion Dawes-Macdonald, so verdient diese in der Tat, auch außerhalb des unmittelbaren englisch-amerikanischen Interessensbereiches, allerhand Beachtung. Ähnlich wie die europäische Kontinentalpolitik von dem Gegensatz Deutschland-Frankreich beherrscht wird, so die Weltpolitik im weitesten Sinne des Wortes von dem Gegensatz England-Amerika. Denn Welt-Politik ist ihrem Wesen nach nun einmal Flottenpolitik, weil die Ozeane in der modernen Welt das Verbindungsband zwischen Völkern und Kontinenten sind. Je nachdem, ob der weite Flächenraum der Meere von einem feindseligen Verhältnis zwischen England und Amerika erfüllt ist, oder ob zwischen beiden größten Seemächten der Zeit eine Atmosphäre der Freundschaft herrscht, werden die internationalen Spannungen, die um unseren Erdteil herum gehen, gefährlicher oder weniger gefährlich sein. Während der Verhandlungen der vorbereitenden Abrüstungskommission in Genf diente der Hinweis auf das ungelöste Seerüstungs-Verhältnis zwischen England und Amerika immer als Vorwand, um jeden entscheidenden Schritt in der Landabrüstungsfrage hinauszuschieben. Das mag nicht immer erschwerend gewesen sein, denn es ist schließlich nicht einzusehen, warum nicht mindestens in Europa, die Abrüstungsfrage auch einmal von der Landseite her sollte in Angriff genommen werden können. Aber ob mit Recht oder Unrecht: auf alle Fälle wäre es gut, wenn dieser Vorwand jetzt in Wegfall käme. Und das könnte nach Regierungsantritt Macdonalds in der Tat der Fall sein. Zwar hat bei dem Bilgrimsbühner auch der seitliche englische Außenminister, Sir Chamberlain, seine Sympathie für die Flottenabrüstung ausgesprochen, und behauptet, eine Verständigung darüber mit Amerika sei in England keine Parteilache. Die allgemeine Stimmung geht in England wie in Amerika in anderer Richtung. Da betrachtet man den Regierungsantritt der Arbeiterpartei als Freischützung für die Flottenfrage, und täuscht sich wohl auch scheinbar darin. Bisher aber der neue englische Ministerpräsident in seinem Entgegenkommen tatsächlich wird gehen können, und was sein Einfluß für die Welt-Politik bedeutet, das hängt leider nicht von seinem guten Willen allein ab. Die amerikanischen Flottenbeschränkungspläne bedeuten vom amerikanischen Standpunkte aus im Vergleich zur Vergangenheit immer noch eine Verstärkung der Rüstungen, wenn diese auch mit schönen diplomatischen Phrasen verbrämt wird. In Amerika ist eben keine Arbeiterregierung am Ruder. Die englisch-amerikanische Parität würde zunächst für England eine Begrenzung in weit höherem Maße als für die Vereinigten Staaten bedeuten. Erreicht würde immerhin die Wahrung des leidigen und gefährlichen Wettlaufens. Sehr anerkanntenswert ist auch der Grundgedanke, den Dawes wie Macdonald aufstellen, daß über die Flottenabrüstung nicht Marine-offiziere als sogenannte Sachverständige, sondern Politiker entscheiden müßten, die von Diplomatie und internationalem Recht einiges verstehen. So würde wenigstens zwischen England und Amerika die militärische Nervosität ausgeschaltet, was dann freilich zu einer Steigerung dieser Nervosität bei anderen Völkern gegenüber den beiden angeführten führen könnte. Gewiß hat durch viele böse Erfahrungen der letzten Jahre, wollen wir nicht rein pessimistisch, aber doch auch frei von Illusionen sein.

Der unglückliche Briand.

Briand wird einem je länger je mehr unangenehm. Er hat jetzt dem Völkerbundsekretariat mitgeteilt, daß die militärische Kontrolle über Oesterreich aufgehoben sei. Er bezeichnet diesen Schritt als großes Entgegenkommen und Unterpfand der vorläufigen Befriedung der Völkerbundskonferenz. In der Tat könnte der Schritt so wirken, wenn er großzügig und ohne jede weitere Klausel geschehe. Statt dessen glaubt Briand einen Kommentar hinzufügen zu müssen, der noch einmal feststellt, daß Oesterreich eigentlich die Bedingungen der Abrüstung noch nicht erfüllt habe, und daß man ihm gegenüber entsprechend mißtraulich bleiben müsse. Briand erhebt seinen Bericht allerdings im Auftrage der Kontrollkommission, aber jedermann weiß doch, daß diese häßlichen Bemerkungen gegen Oesterreich nicht in den Bericht würden aufgenommen worden sein, wenn sich etwa der Vertreter der Großmacht Frankreich dagegen würde ausgesprochen haben. Wahrscheinlich geht man auch in der Annahme nicht fehl, daß es gerade Briand gewesen ist, der die Hinzufügung dieses Kommentars für nötig hielt und veranlaßte. Es entspricht das ja so ganz der annähernden und zweideutigen Politik Frankreichs, die in aller Welt die Abrüstung fördern und kontrollieren, nur bei sich zu Hause die Aufrüstung in höchstem Umfang fördern möchte. Es wäre einem wirklich lieber, wenn die Franzosen bei ihrer gegenwärtigen militärischen Politik nun wenigstens die anderen Völker mit ihren moralisierenden friedensfreundlichen Reden verschonen würden. Die Unerschlichkeit Briands geht wirklich schon ziemlich weit, wenn er gegenüber dem kleinen Oesterreich eine solche Kengigkeit zur Schau trägt, als ob von Wien her, von dem heutigen, all seiner Macht beraubten Wien, irgendeine Gefahr für das über geliebte Frankreich, das in allen Kontinenten militärisch, erwachen könnte. Gewiß ist die österreichische Politik der privaten Wehrverbände, der Geheimwehren wie des

Neue Vorschläge zur Reichsreform.

Das Länderkonferenz-Gemeinschaftsreferat über die Zuständigkeit.

Berlin. Nachdem im Auftrage der Unterausschüsse der Länderkonferenz im März d. J. die Referenten Dr. Vogelsänger, Holz und Petersen ihre Vorschläge über die Neuorganisation des Reiches eingereicht hatten, haben sodann die Sachverständigen, Minister a. D. Koch, Weyer für das Reich, Min.-Direktor Dr. Brecht-Franke, Minister Dr. Remmele-Baden und Landesoberpräsident der Rheinprovinz Dr. Gorion das anschließende sehr wichtige Referat über die Zuständigkeitsverteilung im Rahmen der Reichsreform abgefaßt.

Die Vorschläge führen unter Anknüpfung an die bestehenden Verhältnisse zu einer weitgehenden Vereinfachung. Die beiden Regierungen in Berlin werden vereinigt. Die zwölf kleinen und mittleren Länder fallen fort oder verlieren ihren Sondercharakter in der heutigen unorganischen Gestalt. In den preussischen Provinzen vermindert sich die Dreiteilung von Reichs-, Landes- und Provinzialbehörden in eine organische Zweiteilung von Reichs- und Landesbehörden. Im Norden und Süden wird die gesamte Sozial- und Wohlfahrtsverwaltung vereinigt. Kleine Reichsbehördenverwaltungen fallen überall fort. Die selbständige Kulturverwaltung der süddeutschen Länder bleibt erhalten. Der entscheidende Einfluß des Reiches in gesamtstaatlichen Fragen in der Wirtschaft, Gewerbeaufsicht, Kriminal-, Fremden-, Luftverkehrs-, Polizei-, bei den Grundbesitz des allgemeinen Verwaltungsaufbaues und der Gemeindeverfassung sowie entl. bei der Justiz wird überall gesichert. Möglichkeiten weiterergehender Dezentralisation werden der Reichsregierung vorbehalten.

Strittig unter den Verwaltungsaufgaben blieben für die Referenten, wie sie in ihrem gemeinsamen Bericht betonen, hauptsächlich die Polizei, die Hoheitsaufsicht über die Gemeinden, die Schul- und Gewerbe-Aufsicht. Trotzdem haben sie sich auf einen gemeinsamen Vorschlag als gegenwärtigste Programm geeinigt. Danach sollen diese Aufgaben grundsätzlich dem Reich zufallen. Die vier großen Länder Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden er-

halten jedoch als Sonderrecht die Möglichkeit, durch einfachen Landtagsbeschluß diese Aufgabe in ihrer Verwaltung behalten zu können. Doch sollen auch sie die Kriminal-, Fremden-, Luftverkehrs-, Polizei- und Gewerbeaufsicht nur als „Auftragsverwaltung“, die überhaupt eine große Rolle spielt, behalten dürfen, um einheitliche Weisungen des Reiches möglich zu machen.

Besonderes Interesse waren die Sachverständigen darüber, ob die für Preußen vorgezeichnete Verwaltungsweiterentwicklung auf die Dauer erwünscht sei.

Gorion und Brecht waren für Verjagung, namentlich im Interesse des politischen Ausgleichs zwischen West und Ost. Remmele meinte, ein völliger Wegfall des preussischen Apparates, insbesondere der Polizeiverwaltung, müßte gegenwärtig großen Bedenken, namentlich auch außenpolitischer Natur, begegnen. Jedoch betonten er und Koch-Weyer, die Aufgaben der allgemeinen Verwaltung sollten möglichst bald auf die hauptsächlich aus den bisherigen Provinzen unter der Reichsleitung neu zu bildenden „Länder“ übergehen. Für die mittleren und kleineren Länder wird eine Verschmelzung mit umliegenden Gebieten zu solchen „Ländern“ vorgeschlagen, wodurch leistungsfähige Mittelinstanzen mit wirtschaftlich zweckmäßigem Zuständigkeitsbereich entstehen würden. Soweit in den Ländern eine allgemeine oder besondere Reichsverwaltung besteht, soll sie möglichst stark dezentriert werden; jede oberste Reichsbehörde soll also in weitestem Umfang die Entscheidungen auf die örtlichen Reichsbehörden übertragen.

Im Finanzangelegenheiten sollen die „Länder“ an der Reichsverwaltung der Ausgaben dadurch interessiert werden, daß sie nach dem Reich festgelegten Grundbesitz die Einnahmen, den Steuerertrag und Zuschlag, selbst bestimmen. Das gleiche gilt für die Gemeinden. Selbständig soll den Ländern u. a. bleiben Wohlfahrts-, Gesundheits- und Verkehrs-, sowie die Einzelarbeit der landwirtschaftlichen Verwaltung, soweit nicht die kommunale Selbstverwaltung Vorrechte hat.

Die Begegnung Stresemanns mit Poincaré.

Minister des Auswärtigen Briand über die Besprechung mit Reichsminister Dr. Stresemann.

Paris. Im Anschluß an das Frühstück, das gestern mittag Außenminister Briand zu Ehren von Reichsaussenminister Stresemann gegeben hat, fand ein politischer Meinungsaustausch statt, an dem auch der inzwischen erscheinende Ministerpräsident Poincaré teilnahm. Die Unterhaltung galt der Fortführung der Verhandlungen, die sich für den Fall der Zustimmung der beteiligten Regierungen aus der Annahme des Pariser Sachverständigenplanes ergeben würden.

Minister des Auswärtigen Briand hat nach Beendigung des Frühstückes der französischen Presse folgende Erklärungen abgegeben: Meine heutige Unterredung mit Dr. Stresemann bildete die Fortsetzung der Verhandlungen, die ich mit ihm in Madrid führte. Vor dem Frühstück hatte ich einen ersten Meinungsaustausch mit Dr. Stresemann, und unsere Unterredung wurde nach dem Frühstück in Anwesenheit von Poincaré fortgesetzt. Wir haben die besten Bedingungen gesucht, unter denen die Regierungen in Sachen der Fortsetzung des Sachverständigenplanes Verhandlungen einleiten könnten. Nach seiner Rückkehr nach Berlin wird Dr. Stresemann seine Regierung über seine Verhandlungen in Madrid und Paris unterrichten. Sofort danach werden auf dem gewöhnlichen diplomatischen Wege diese Verhandlungen fortgesetzt werden, um den Ort und einen möglichst nahen Zeitpunkt der Konferenz der Regierungen zu bestimmen. Wenn sechs der interessierten Mächte einig sind, wird diese Konferenz schon in der zweiten Hälfte des Juli zusammenzutreten können.

Savas über die Besprechung Poincaré und Briand mit Dr. Stresemann.

Paris. In der Unterredung, die Reichsaussenminister Dr. Stresemann gestern mit dem Minister für

auswärtige Angelegenheiten, Briand, im Beisein von Ministerpräsident Poincaré hatte, teil Savas folgendes mit: Die Unterredung bezog sich im wesentlichen auf den Bericht der Sachverständigen. Die französischen Minister haben dem Vertreter Deutschlands erklärt, daß die französische Regierung, nachdem sie bereits gestern als erste vorbehaltlos die Empfehlungen der Sachverständigen gebilligt hat, deren Inkraftsetzung zu beschleunigen gedenke, um möglichst früh die vollständige und endgültige Regelung des Reparationsproblems sicherzustellen. Es scheint eine grundsätzliche Verständigung über das zur Erreichung dieses Ziels einzuschlagende Verfahren herbeigeführt worden zu sein. Eine Konferenz, auf der die Regierungen Englands, Deutschlands, Belgiens, Frankreichs, Italiens und Japans vertreten sein würden, dürfte zusammenzutreten, und zwar in einem neutralen Lande, etwa in der Schweiz, und, wenn möglich, in der zweiten Hälfte des Monats Juli. Sobald Dr. Stresemann mit seinen Ministerkollegen Rücksprache genommen hat, dürften die Minister für auswärtige Angelegenheiten Frankreichs und Deutschlands gleichzeitig den übrigen interessierten Mächten einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten. Es ist wahrscheinlich, daß Frankreich auf dieser Konferenz durch Poincaré und Briand vertreten sein wird.

Abreise Dr. Stresemanns von Paris.

Paris. Reichsaussenminister Dr. Stresemann hat gestern um 22.55 Uhr die Rückreise nach Berlin angetreten. Zur Verabschiedung waren auf dem Bahnhofe der deutsche Botschafter von Doehs, Botschaftsrat Dr. Reich und die Mitglieder der deutschen Botschaft erschienen. Im gleichen Zuge reisen zurück Staatssekretär von Schubert, Staatssekretär Pöhlner von der Reichskanzlei, Ministerialdirektor Dr. Becklin, Geheimrat Medhammer und die übrigen deutschen Teilnehmer an der Tagung des Völkerbundesrates in Madrid.

sozialistischen Schubbundes nicht gerade sehr erfreulich. Wer aber daraus eine bedrohliche militärische Stärke Oesterreichs ableiten wollte, der verdient eigentlich wirklich nicht, als Politiker ernst genommen zu werden. Es ist doch wahrhaftig alles andere als ein Zeichen von starker Besonnenheit, wenn sich in einem Staate, noch dazu in einem kleinen schwachen Staate, wie Oesterreich, die Parteien wie zum Bürgerkrieg gerüstet gegenüberstehen. Mit einer solchen Bewaffnung macht man doch wohl Gott keinen Weltkrieg, sondern nimmt sich sogar selbst noch die Fähigkeit, auch nur die elementarsten Interessen des eigenen Staates über zu

verteidigen. Das würde wohl Herr Briand zu dem Vorschlag sagen, auch die französische Armee proportional auf die österreichische Ziffer zu reduzieren und statt dessen die französischen Nationalisten einerseits und die französischen Sozialisten andererseits mit ein paar Millionen und Gummifüllpfeilen auszurüsten? Wenn er diesen Vorschlag grotesk findet, was er ohne Zweifel als kluger Mann tun muß, dann sollte er sich auch dessen bewußt sein, wenn er den gleichen Zustand in Oesterreich — ausgerechnet er — der Vertreter der am härtesten gerüsteten Macht ganz Europas — eine solche Lage in Oesterreich für gefährlich erachtet.